

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Baurhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten. Beilagen: Bilderwoche, Jugend u. Deutschtum, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 446

Ercheinungsweltel Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonntags- und Sonntagsnummer 15 Pfg.) — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsausträger u. die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen

Postfachkonto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokonto Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 40 mm breite einseitige Grundzeile 25 Pfg., dreiseitige 30 Pfg., die 60 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 70 Pfg. Für das Erstimmen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sammelanzeigen tarifmäßigen Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 231

Sonntag, den 3. Oktober 1926.

81. Jahrgang

Tageschau.

* Mehrere große Kommunalverbände haben dem Reichstag und den zuständigen amtlichen Instanzen einen Antrag unterbreitet, der grundlegende Vorschläge für die weitere Behandlung des Finanzausgleichs und der Mietzinssteuer enthält.

* Der von dem Leutnant Roucier schwer verletzte Holzmann ist von den Franzosen nach Landau gebracht und dort in Haft genommen worden.

* Auf der Reichstagung der Deutschen Volkspartei in Hamburg sprach sich Dr. Stresemann über die Frage eines Zusammengehens mit der Deutschnationalen Volkspartei aus.

Nach Meldungen aus Wien sollen im Oktober Verhandlungen österreichischer, tschechischer und ungarischer Werke mit dem westeuropäischen Eisenkartell wegen eines eventuellen Anschlusses stattfinden.

In Hamburg ist ein Hafenarbeiterstreik ausgebrochen.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Ein wichtiger kommunaler Antrag zum Finanzausgleich.

Berlin, 2. Oktober. (Drahtb.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, haben die folgenden Kommunalverbände „der Reichsstädtebund, die Geschäftsstelle der Vereinigten Provinzen, der Deutsche und der Preussische Landkreistag, der Preussische und Deutsche Landgemeinerverband West sowie der Verband der preussischen Landgemeinden“ dem Reichstag sowie den zuständigen amtlichen Instanzen einen Antrag unterbreitet, der grundlegende Vorschläge dieser Kommunalverbände für die weitere Behandlung des Finanzausgleichs und der damit eng verbundenen Hauszinssteuer enthält. Nachdem bereits kürzlich der eine der großen kommunalen Spitzenverbände, der Deutsche Städtebund auf seiner Jahrestagung vom 17. September in Entschliessungen zu diesem wichtigen Problem Stellung genommen hat, haben namentlich auch die vorgenannten Kommunalverbände grundsätzliche Erklärungen zu dieser großen Frage abgegeben. Bezüglich des Finanzausgleichs wird gewünscht, daß die systematische Aenderung der gegenwärtigen Regelung zugunsten der Gemeinden und Gemeindeverbände möglichst nicht über den 1. April 1928 hinaus vertagt werde. Für die Zwischenzeit wird angelehnt der jetzigen Finanznot der Länder und Kommunen verlangt, daß deren Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 Prozent auf die alte Höhe von 90 Prozent unter Verlängerung der für die Jahre 1925 und 1926 vorgesehenen Mindestgewähr (2100 Millionen D. M.) verlängert und nach dem Verhältnis der durch die Aenderung auf 90 Prozent verschobenen Steuerbeteiligungen erhöht werden. Desgleichen wird die Verlängerung der Mindestgewähr für die Umsatzsteuer (zur Zeit circa 450 Millionen Mark. D. M.) gefordert. Ebenso wird die Wiedereinführung des Zuschlagsrechts zur Einkommen- und Körperschaftsteuer beantragt. Auch die Beibehaltung einer reichsrechtlich fundierten Hauszinssteuer wird gefordert, obwohl die gegenwärtige Form der Erhebung aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen dauernd nicht für tragbar gehalten wird. Die Notwendigkeit einer Neuregelung nach dem 31. März 1928 wird hervorgehoben. Gleichzeitig wird gegen den Vorschlag, die Hauszinssteuer in eine individuell zugemessene abläsbare Amortisationsrente zu verwandeln, Stellung genommen, da durch deren Verwendung zugunsten der öffentlichen Hand die gesamte Aufwertungsfrage wieder ins Rollen gebracht werde. Der Finanzbedarf für die öffentlichen Behörden zu den jährlich benötigten 200 000 Neuwohnungen im Reich könne nicht durch Erhöhung der Hauszinssteuer, die natürlich eine erhebliche Steigerung der Mieten bringen würde, gedeckt werden, sondern nur durch Aufnahme von Anleihen im In- und Ausland. Die Hauszinssteuer brauche dann nur vorwiegend für den In- und Tilgungsdienst dieser Anleihen herangezogen zu werden. Die dadurch eintretende Senkung der Hauszinssteuer würde eine weitere Erhöhung der Mieten verhindern, ohne zu einer einseitigen Begünstigung des Hausbesitzers zu führen.

Der Antrag betont besonders, daß dieser von den kommunalen Verbänden vorgeschlagene Weg am besten die allmählichste Rückkehr zur freien Wirtschaft

ermöglicht, da nur eine in ihrer Höhe ständig wandelbare öffentliche Abgabe allen billigerweise zu stellenden Forderungen gerecht werden könne.

Nähere Einzelheiten dieser grundsätzlichen Stellungnahme werden von den Kommunalverbänden für die nächste

Der Skandal von Germersheim.

Der verwundete Holzmann von den Franzosen verhaftet.

Wie aus Germersheim gemeldet wird, fand am Freitag in Landau eine Konfrontation zwischen dem französischen Reserve-Unterleutnant Roucier und dem bei dem Zwischenfall vom Sonntag nacht durch einen Schuß verletzten Schuhmacher Holzmann statt. Nach der Konfrontation wurde Holzmann von der französischen Behörde für verhaftet erklärt (!!!) unter der Begründung, daß er Roucier geschlagen habe.

Eine ausführliche Meldung berichtet über dieses skandalöse Verhalten der französischen Militärbehörden:

Landau, 1. Oktober. (Drahtb.) Im Laufe des heutigen Freitag ist Richard Holzmann mit den drei jungen Leuten, die in der Sonntagnacht bei dem ersten Zusammenstoß mit Roucier beteiligt waren, ohne Rücksicht auf Holzmanns Krankenstand von französischen Gendarmen von Germersheim nach Landau gebracht und dort dem französischen Staatsanwalt zum Verhör vorgeführt worden. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß sich Unterleutnant Roucier entgegen anderen Meldungen, die von seiner Verletzung nach Nancy wissen wollen, immer noch in Landau befindet, denn die Vorgeführten wurden Roucier gegenübergestellt. Das Verhör endete erst am späten Abend mit dem Ergebnis, daß die drei jungen Leute entlassen wurden, während dem Vater Holzmanns, der seinen Sohn mit Rücksicht auf dessen noch immer Kranken Zustand nach Landau begleitet hatte, von dem Dolmetscher bedeutet wurde: Der Staatsanwalt behält ihren Sohn noch einige Tage zurück, bis er die Wahrheit sagt. Als der Vater wissen wollte, mit welchem Recht solches geschehe, erhielt er die Antwort: Ihr Sohn wird angeklagt werden, weil er den Unterleutnant Roucier geschlagen hat. Von einer Inhaftierung des Roucier durch die französische Untersuchungsbehörde kann wohl auch heute noch nicht gesprochen werden, da, wie von verschiedenen Seiten glaubwürdig berichtet wird, der kühnere Offizier auch heute noch in Landau frei umherläuft.

Die französische Militär in Germersheim kennt keine Grenzen mehr. Jetzt wird eines der verwundeten Opfer des französischen Mörders verhaftet: der unbewaffnete Deutsche soll den toll um sich schlagenden Franzosen geschlagen haben! Dieser Vorgang genügt, um die Art der „Untersuchung“ der Mordtat durch die französische Behörde zu kennzeichnen. Die Opfer sollen die Schuldigen sein! Es wird hohe Zeit, daß die Reichsregierung endlich aus ihrer Zurückhaltung herausgeht.

Die Germersheimer Beschwerde beim Völkerbund eingetroffen.

Genf, 1. Oktober. (Drahtb.) Der Notruf des Bürgermeisters von Germersheim ist im Sekretariat des Völkerbundes eingetroffen. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat dies dem Bürgermeister von Germersheim bestätigt. Im Völkerbundsekretariat wird jedoch darauf hingewiesen, daß sich der Völkerbund mit derartigen Beschwerden nur dann befassen könne, wenn sie ihm durch eine Regierung vorgelegt würden. — Nun hat Herr Stresemann das Wort!

Erstaunliche Zügelmeldungen der französischen Presse zu Germersheim.

Paris, 1. Oktober. (Drahtb.) Die gesamte französische Presse bemächtigt sich neuerdings, in tendenziöser Weise den Germersheimer Vorfall so umzufassen, daß dieser als Ergebnis nationalistischer Agitation in den Rheinländern erscheint. Die deutschen Rechtsparteien, so behaupten aus durchschlagenden Gründen die Zeitungen, folgen die Absicht, die deutsch-französische Annäherung zu fördern. Zur Stützung dieser Behauptungen werden die merkwürdigsten Versionen über Germersheim kolportiert. So behauptet u. a. die Liberte, daß sie die Zustimmung eines französischen Offiziers erhalten habe, aus der hervorgehe, daß nicht weniger als 60 Soldaten im Laufe der letzten Zeit verlegt worden seien. Die Angriffe auf das französische Militär hätten in der letzten Zeit derartig zugenommen, daß man sie überhaupt nicht mehr zählen könne. Der Temps, der im Übrigen eine milde Stimmung in Deutschland dadurch hervorzuheben versucht, daß er darauf hinweist, daß die Verhaftung Holzmanns gefährdet würde und daß man sich in Deutschland über die Verhaftung Holzmanns vor Augen führen sollte, geht sogar so weit, daß er, ohne die geringsten Unterlagen dafür zu besitzen, die

ste Zeit angekündigt. Die vorher notwendige Fühlungnahme mit der Wirtschaft ist bereits in die Wege geleitet. Sicherem Vernehmen nach wird das Reichsfinanzministerium bereits in den nächsten Tagen die Richtlinien dieses Antrages mit den Finanzministerien der Länder durchberaten.

deutsche Vorstellung von Germersheim ohne weiteres als unmaßgeblich bezeichnet. Der Offizier habe in gerechter Notwehr gehandelt. Deutschland inzidenter die Erregung über die Affäre nur, um eine Stimmung gegen die Fortdauer der Besetzung hervorzurufen. Man irre sich aber in Deutschland, wenn man glaube, daß durch solche künstliche Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung der Besetzung Frankreich bewegt werden könne, auf seine durch den Versailles Vertrag festgelegten Rechte zu verzichten.

Der französische Ministerrat.

Noch keine Thoirybesprechung.

Paris, 1. Oktober. (W. T. B.) Der heute mittag abgehaltene Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit einer Reihe von Sparverordnungen, die sich auf Abbau von Beamten im Finanzministerium, auf Zusammenlegung von Verwaltungsstellen in der Finanz- und Zollverwaltung, bei Materialankaufstellen, im Kriegs- und Marineministerium usw. bezogen.

Daß das amtliche Communiqué über den Sitzungsverlauf nichts von der für heute angekündigten Fortsetzung über die Beratungen über Thoiry enthält, dürften diese Beratungen erst in der nächsten Kabinettsitzung stattfinden. Ein Kabinettrat findet nächsten Mittwoch, ein neuer Ministerrat nächsten Freitag statt.

Reichsparteitag der deutschen Volkspartei.

Köln, 1. Oktober. Am zweiten Tag der Reichsparteitagung der Deutschen Volkspartei fand unter stärkster Beteiligung eine Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei statt, in der endgültig die Tagesordnung des am Sonntag beginnenden eigentlichen Parteitages festgelegt wurde. Reichsaussenminister Dr. Stresemann eröffnete als Vorsitzender die Verhandlungen und erstattete einen kurzen Bericht zur inneren und außenpolitischen Lage. Als erster Diskussionsredner sprach der frühere Reichsinnenminister Oberbürgermeister Dr. Jares den tiefen Dank der Rheinlande für die Stresemannsche Befreiungspolitik aus.

Volkspartei und Regierungsbildung.

Erklärungen Dr. Stresemanns.

Berlin, 2. Oktober. Wie die Morgenblätter ergänzend aus Köln melden, wurden im Verlauf der Reichstagung der Deutschen Volkspartei in der Aussprache über die Frage des politischen Zusammengehens mit den Deutschnationalen scharfe Bedenken geäußert. Oberbürgermeister Jares wies dann eine Reihe von Vorwürfen zurück, die in der Frage der Arbeitsgemeinschaft erhoben worden waren und betonte, daß der Parteitag zu der Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei, wieder Regierungspartei zu werden, klar Stellung nehmen müsse. Darauf sah der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einem Schlußsatz die verschiedenen in der Diskussion hervorgetretenen Auffassungen zusammen. Er hoffe, so sagte er, die gemäßigten deutschnationalen Elemente würden die Führung in der Partei bekommen, damit ein Zusammengehen mit ihnen möglich sei. Aber noch am 26. September habe herg die Besprechungen in Thoiry abfällig kritisiert und die Stresemannsche Politik als den nationalen Interessen abwegig bezeichnet. In Thoiry sei Briand nichts über den Rahmen der bereits bestehenden Verpflichtungen hinaus zugestanden worden. Es handele sich lediglich um die Aenderung des Transfersystems. Mit dem formalen Recht allein, wie die Deutschnationalen es wollten, könne keine Politik gemacht werden, denn die Weltgeschichte werde immer nur durch die Machtverhältnisse entschieden. Der Rückkauf der Sargruben in bar sei im Versailles Vertrag vorgegeben. Zum Schluß betonte Stresemann noch einmal, es sei zu wünschen, daß sich die gemäßigten Elemente sowohl der Demokraten als auch der Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei zusammenfinden, weil nur auf dieser Grundlage eine dem deutschen Volke erprobliche Politik betrieben werden könne. Die Verammlung befandete ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Ministers.

Zum Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Köln veröffentlicht Reichsaussenminister Dr. Stresemann in der „Kölnischen Zeitung“ ein ausführliches

Gesichtswort.

In dem es heißt: Der Parteitag der Deutschen Volkspartei steht eine in allen wesentlichen Grundgedanken geeinte Partei. Kämpfe um das Ziel der deutschen Außenpolitik haben in ihr nie bestanden,